



## Niederschrift

über die 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und  
Integration  
am 02.05.2023

**Sitzungsort:** kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin  
**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 21:15 Uhr

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende/r

Bergmann-Gries, Jutta                      Vorsitzende

#### CDU-Fraktion

Lienesch, Sascha                      Ratsmitglied  
Böhm-Beck, Ulrike                      Ratsmitglied  
Meurer, Mathilde                      Ratsmitglied  
Beiersdorf-EI Schallah, Aladdin      Ratsmitglied  
Eck, Marco                              sachkundiger Bürger  
Olboeter-Zorn, Christina              sachkundige Bürgerin  
Hötzel, Melanie                        Ratsmitglied vertretend

#### SPD-Fraktion

Friedhofen, Sibylle                      sachkundige Bürgerin  
Bilgmann, Brigitte                      Ratsmitglied  
Kourkoulos, Jörg                        sachkundiger Bürger  
Richter, Michael                        Ratsmitglied vertretend

#### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haacke, Wolfgang                      Ratsmitglied  
Gassen, Gabriele                        Ratsmitglied  
Roth, Ria                                Ratsmitglied

#### FDP-Fraktion

Willnecker, Carsten                      sachkundiger Bürger

#### Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang                        Ratsmitglied vertretend

#### Internationale Liste

Abdul-Hanan, Shirin                      beratendes Mitglied vertretend

Als Gast

Herr Frank Lehmann-Diebold      Sachgebietsleiter Kreissozialamt

Von der Verwaltung

Herr Rainer Gleß  
Frau Marion Kusserow  
Frau Susanne Massow  
Frau Nicole Hülse  
Herr Felix Stiepel

Protokollführer/in

Linka, Thomas

**Es fehlten entschuldigt:**

CDU-Fraktion

Gosemann, Andreas      Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Echterhoff, Charlotte, Dr.      Ratsmitglied

Fraktion AUFBRUCH!

Schmidt, Sabine      sachkundige Bürgerin

Internationale Liste

Dahar, Faraz Hameed      beratendes Mitglied

---

**Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:**

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

**Öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Verpflichtung sachkundiger Bürger
3. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.01.2023
4. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 17.01.2023 gefassten Beschlüsse
5. 23/0179 Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes NRW am Standort Sankt Augustin, Alte Heerstraße 90-Verlängerungsanfrage der Bezirksregierung Köln
6. 23/0156 Aktueller Stand der Kreissozial- und Gesundheitsplanung
7. 23/0152 Weiterentwicklung des Entwicklungskonzeptes bezahlbarer Wohnraum - Prozess zur Entwicklung einer Baulandstrategie – Rückblick auf die bisherige Workshopreihe und Ausblick auf den weiteren Erarbeitungsprozess
8. 23/0153 Entwurf Neukonzeption „Beispiel Ehrenamt“
9. 23/0102 Änderung der "Satzung der Stadt Sankt Augustin über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung"
10. 23/0155 Zwischenstand zur Einführung des digitalen Tools Volu Map zur Koordination ehrenamtlichen Engagements
11. Anträge der Fraktionen
- 11.1.1. 23/0157 Beantragung eines Tagesordnungspunktes "Berücksichtigung seniorenspezifischer Bedarfe in der Quartierssozialarbeit"

Fraktion Aufbruch

- 12. Anfragen und Mitteilungen
- 12.1. Anfragen
- 12.2. Mitteilungen
  - 12.2.1. Sachstand Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels für Sankt Augustin
  - 12.2.2. Bericht über die Umsetzung des Wohngeld-Plus Gesetzes
  - 12.2.3. Aktuelle Unterbringungssituation unter Berücksichtigung des Kriegsgeschehens in der Ukraine
  - 12.2.4. Sachstand Stärkungspakt NRW
  - 12.2.5. Sachstand Absage Hebammenhaus Rhein-Sieg GbR zum Angebot der Räumlichkeiten an der Asklepios-Klinik für die Einrichtung eines Hebammenhauses
  - 12.2.6. Mitteilungen der Stabsstelle IuS
    - Mitteilung über die Personalsituation in der Stabsstelle Integration und Sozialplanung (IuS)
    - Mitteilung über die Nachbesetzung von Projektstellen
    - Mitteilung zur neuen städtischen Ansprechperson für den Verein Gärten der Nationen e.V.

---

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

**Öffentlicher Teil:**

1		<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung</b>	
---	--	--	--

Frau Bergmann-Gries stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Anträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

2		<b>Verpflichtung sachkundiger Bürger</b>	
---	--	--	--

Sachkundige Bürger/ Bürgerinnen waren nicht zu verpflichten.

3		<b>Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.01.2023</b>	
---	--	---	--

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

**einstimmig**

4		<b>Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 17.01.2023 gefassten Beschlüsse</b>	
---	--	---	--

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

<b>5</b>	<b>23/0179</b>	<b>Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes NRW am Standort Sankt Augustin, Alte Heerstraße 90- Verlängerungsanfrage der Bezirksregierung Köln</b>	<b>FB 4</b>
----------	----------------	---	-------------

Zu Beginn wies Frau Bergmann-Grieß auf den am heutigen Tag eingegangenen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt hin und unterbreitete den Vorschlag, den Antrag zeitgleich zu behandeln.

Herr Gleß erläuterte kurz für die Verwaltung die Grundgedanken zu der Sitzungsvorlage.

Frau Kusserow legte daraufhin sehr ausführlich die inhaltlichen und sachlichen Überlegungen dar, welche die Verwaltung letztendlich zu der Entscheidung bewegt hätten, der Bitte der Bezirksregierung Köln zu entsprechen und den Ausschussmitgliedern zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang wies Sie auch auf den bereits protokollierten Beschluss des Verwaltungsvorstandes hin, wonach gemeinsam mit der Bezirksregierung Köln eine Informationsveranstaltung für die Bürgerschaft zu diesem Thema zwischen der Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung, Integration und der Sitzung des Rates durchgeführt werden soll.

Ergänzend und eingehend berichtete Herr Gleß über seine Erfahrungen in der Flüchtlingskrise 2015/2016, die seinerzeit die Stadt Sankt Augustin ebenso wie viele andere Kommunen dazu zwang, geflüchtete Menschen in Turnhallen unterzubringen. Die städtischen Unterbringungskapazitäten waren zu diesem Zeitpunkt restlos erschöpft. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen müsse auf jeden Fall eine erneute Inanspruchnahme von Turnhallen vermieden werden. Dieses Bild vor Augen habe auch dazu geführt, das „Pendel der Abwägung“ in Richtung der Bitte der Bezirksregierung ausschlagen zu lassen.

In der sich anschließenden Aussprache erklärten alle Fraktionen jeweils, dass sie grundsätzlich der gleichen Ansicht wie die Verwaltung sind, der Bitte der Bezirksregierung Köln zu entsprechen.

Die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion erläuterten aus ihrer jeweiligen Sicht den zusätzlichen Antrag und betonten die dringende Notwendigkeit einer gemeinsam mit der Bezirksregierung durchzuführenden Veranstaltung vor einer verbindlichen Entscheidung des Rates über eine Verlängerung der ZUE

Für die CDU-Fraktion sprach Herr Lienesch sein Bedauern aus, dass der gemeinsame Konsens in der Flüchtlingspolitik, kollektive Beschlüsse zu fällen, durch die antragstellenden Fraktionen offenbar aufgekündigt wurde.

Die sich daran anschließenden Nach- und Verständnisfragen wurden durch Herr Gleß und Frau Kusserow ausführlich beantwortet.

Herr Willnecker beantragte daraufhin eine Sitzungsunterbrechung. Frau Bergmann-

Grieß unterbrach daher die Sitzung um 18.43 Uhr

Um 19.00 Uhr hob Frau Bergmann-Gries die Sitzungsunterbrechung auf und erteilte Herrn Willnecker das Wort.

Für die antragstellenden Fraktionen erklärte Herr Willnecker, dass die Informationsveranstaltung zeitlich vor der Ratssitzung stattfinden sollte.

Darüber hinaus solle – wie von der CDU-Fraktion vorgeschlagen – Absatz 3 des Beschlussvorschlages der Drucksachen-Nummer 23/0197 – insbesondere zur Reduzierung der Platzzahlen der in der Nähe zur ZUE befindlichen städtischen Unterkünfte (Am Kreuzeck, Schützenweg, Großenbuschstraße) - zeitlich von der Entscheidung über die Verlängerung der ZUE in der Sitzung des Rates am 20.06.2023 entkoppelt werden, weil die anstehende Gesetzesänderung über die erhöhte Anrechnung gemäß FlüAG NRW voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 erfolgen wird.

Daher wird folgender neuer Beschlussvorschlag unterbreitet:

„Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt das Schreiben der Bezirksregierung Köln vom 13.04.2023 zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat **nach Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung vor dem 20.06.2023**, der Bitte der Bezirksregierung Köln zu entsprechen, den Standort der ZUE Sankt Augustin um drei Jahre bis zum 31.10.2028 zu verlängern.

Die Verwaltung wird beauftragt, vor einer verbindlichen Entscheidung über eine Verlängerung gemeinsam mit der Bezirksregierung Köln die Bevölkerung sowohl mit einer Veranstaltung wie auch über die Öffentlichkeitsarbeit zu informieren. Dabei soll auch die Gelegenheit zur Diskussion über die aktuelle Situation der ZUE gegeben werden. Es sollen dabei auch gezielt eventuelle Problemlagen und Möglichkeiten zur Verbesserung erörtert werden.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, gerade auch im Hinblick auf die angekündigte erhöhte Anrechnung gemäß FlüAG NRW, eine sozialräumliche Betrachtung vorzunehmen. Dabei sollen verbindlich Vorgehensweisen zur Reduzierung der in der Nähe zur ZUE befindlichen städtischen Unterkünfte (Am Kreuzeck, Schützenweg, Großenbuschstraße) entwickelt werden, sofern dies bis Ende des Jahres möglich ist.“

Nach der Unterbreitung des neuen Beschlussvorschlages erklärte Herr Lienesch für die CDU-Fraktion und Herr Köhler für den Aufbruch den Beitritt zu diesem neuen Beschlussvorschlag.

Daraufhin stellte Frau Bergmann-Gries den neuen Beschlussvorschlag zu Abstimmung.

**Einstimmig Ja**

6	23/0156	Aktueller Stand der Kreissozial- und Gesundheitsplanung	luS
---	---------	---	-----

Mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation stellte

- Herr Lehmann-Diebold den Sachstand über die Strategische Sozial- und Gesundheitsplanung des Rhein-Sieg-Kreises und
- Frau Massow den Sachstand über die Kommunale Sozialplanung der Stadt Sankt Augustin

vor.

Die Nach- und Verständnisfragen der Ausschussmitglieder wurden durch Herrn Lehmann-Diebold und Frau Massow jeweils eingehend beantwortet.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt die Ausführungen der Kreissozial- und Gesundheitsplanung und der kommunalen Sozialplanung Sankt Augustin zur Kenntnis.

### **zur Kenntnis genommen**

7	23/0152	<b>Weiterentwicklung des Entwicklungskonzeptes bezahlbarer Wohnraum - Prozess zur Entwicklung einer Baulandstrategie – Rückblick auf die bisherige Workshopreihe und Ausblick auf den weiteren Erarbeitungsprozess</b>	<b>FB 6</b>
---	---------	--	-------------

Einleitend sprach Herr Gleß allen Beteiligten aus Politik und Verwaltung, welche an dem Erarbeitungsprozess teilgenommen haben, seinen ausdrücklichen Dank für die gute und produktive Zusammenarbeit aus.

Dass der vorliegende Sachstandbericht nunmehr den beteiligten Ausschüssen vorerst nur zu Kenntnisnahme vorgelegt wird, sei eine bewusste Entscheidung. Mit den Beratungsergebnissen aus den Fraktionen und den Ausschüssen wolle man in einem nächsten Schritt einen Beschlussvorschlag formulieren, der anschließend den Ausschüssen und letztendlich dem Rat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt wird.

Herr Stiepel erläuterte daraufhin in einem kompakten Vortrag die vorliegende Sitzungsvorlage und das als Anlage beigefügte Eckpunktepapier über eine Baulandstrategie für die Stadt Sankt Augustin.

Aus der sich im Anschluss ergebenden Aussprache, bei der die Nach- und Verständnisfragen durch Herrn Gleß und Herrn Stiepel ausführlich und eingehend beantwortet wurden, ergab sich,

- dass durch die angestrebte Neupositionierung bei der Baulandentwicklung ein Paradigmenwechsel zur bisherigen Vorgehensweise erfolgen wird und
- dass die Anwendung des Zwischenerwerbsmodells eng mit der parallel stattfindenden politischen Diskussion über die Etablierung und Ausgestaltung

---

einer städtischen Stadtentwicklungsgesellschaft verknüpft ist.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung / Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zum bisherigen Prozess sowie zur weiteren Vorgehensweise zur Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

<b>8</b>	<b>23/0153</b>	<b>Entwurf Neukonzeption „Beispiel Ehrenamt“</b>	<b>IuS</b>
----------	----------------	--	------------

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes bat Frau Massow um Entschuldigung, dass der Einladung der Entwurf der Richtlinie über die Auslobung des Engagementpreises Sankt Augustin als Anlage zur Sitzungsvorlage versehentlich nicht beigefügt war. Diese wird der Niederschrift beigefügt werden. Daraufhin trug Frau Massow den Entwurf in kompakter Form mündlich vor.

In der sich anschließenden Aussprache wurden die Nach- und Verständnisfragen von Frau Massow eingehend beantwortet.

Die Ausschussmitglieder sahen übergreifend in der Zusammensetzung der interdisziplinären Jury zur Auswahl des Engagementpreises Sankt Augustin noch Potenzial, diese in einer anderen Zusammensetzung festzulegen.

Frau Bergmann-Gries unterbreitete hierzu den Vorschlag, dass die Fraktionen ihrerseits sich über die Zusammensetzung beraten sollten und ihre Ergebnisse an die Verwaltung weiterleiten. Hierdurch solle die Verwaltung die Möglichkeit erhalten, dem Ausschuss in einer zukünftigen Sitzung einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Herr Lienesch machte in diesem Zusammenhang auch auf die Fördermöglichkeit durch den „Heimat-Preis“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen aufmerksam.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen fördert durch die Übernahme von Preisgeldern die Auslobung und Verleihung von Heimat-Preisen durch Gemeinden und Gemeindeverbände. Damit befähigt die Landesregierung – getreu dem Ziel: Heimat wächst von unten – Gemeinden und Gemeindeverbände vor Ort, dass lokale Engagement ihrer zigtausend ehrenamtlichen Tätigen zu würdigen.

Nach der Aussprache ließ Frau Bergmann-Gries über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration beschließt die Neuausrichtung des „Beispiel Ehrenamt“ gemäß des vorgelegten Konzeptentwurfs.

**Einstimmig Ja**

9	23/0102	Änderung der "Satzung der Stadt Sankt Augustin über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung"	luS
---	---------	---	-----

Frau Massow erläuterte in einer kurzen Abhandlung die Zielsetzung zu der vorliegenden Vorlage.

Nach einer kurzen Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin stimmt der Änderung der „Satzung der Stadt Sankt Augustin über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung“ wie vorgelegt zu.

**Einstimmig Ja**

10	23/0155	Zwischenstand zur Einführung des digitalen Tools Volu Map zur Koordination ehrenamtlichen Engagements	luS
----	---------	---	-----

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes machte Frau Bergmann-Gries den Vorschlag, den Tagesordnungspunkt auf die kommende Sitzung im August 2023 zu vertagen.

Nach kurzer Aussprache fasste der Ausschuss einstimmig den Beschluss, den Tagesordnungspunkt auf die kommende Sitzung zu vertagen.

**Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.**

11		Anträge der Fraktionen	
----	--	------------------------	--

---

11.1.1	23/0157	<b>Beantragung eines Tagesordnungspunktes "Berücksichtigung seniorenspezifischer Bedarfe in der Quartierssozialarbeit"</b>  <b>Fraktion Aufbruch</b>	<b>IuS</b>
--------	---------	--	------------

Herr Köhler erläuterte für den Aufbruch den vorliegenden Antrag und erklärte, dass der Antrag, und der damit erbetene Bericht, auch gerne schriftlich beantwortet werden kann.

Nach kurzer Aussprache erging neben dem vorliegenden Beschlussvorschlag der Beschluss, das der erbetene Bericht vorerst nur schriftlich beantwortet und bei eventuellem, weitergehenden Informationsbedarf in einer der kommenden Sitzungen mit auf die Tagesordnung genommen wird.

### **Beschlussvorschlag**

Die Verwaltung wird um einen Bericht gebeten, in dem dargelegt werden soll, was in Hinblick auf den Aspekt der Alten-Spezifität seit 2014 in den von der Verwaltung selbst (in der Verwaltungsvorlage DS-Nr. 14/0055 vom 13.03.2014) benannten Handlungsfeldern >Wohnen<, >Sich Versorgen<, >Gemeinschaft erleben< und >Sich einbringen< in den einzelnen Quartieren der Stadt auf den Weg gebracht worden ist.

### **Einstimmig Ja**

12		<b>Anfragen und Mitteilungen</b>	
----	--	----------------------------------	--

12.1		<b>Anfragen</b>	
------	--	-----------------	--

Bis zum Sitzungsbeginn lagen keine Anfragen vor.

12.2		<b>Mitteilungen</b>	
------	--	---------------------	--

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit benannte Frau Bergmann-Gries im Einzelnen die als Tischvorlage vorliegenden Mitteilungen und verwies, ohne näher auf deren Inhalt einzugehen, auf die darin enthaltenen Informationen.

Die Tischvorlagen sind dem Protokoll beigelegt.

12.2.1		<b>Sachstand Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels für Sankt Augustin</b>	
--------	--	--	--

12.2.2		<b>Bericht über die Umsetzung des Wohngeld-Plus Gesetzes</b>	
--------	--	--	--

12.2.3		<b>Aktuelle Unterbringungssituation unter Berücksichtigung des Kriegsgeschehens in der Ukraine</b>	
--------	--	--	--

12.2.4		<b>Sachstand Stärkungspakt NRW</b>	
--------	--	------------------------------------	--

12.2.5		<b>Sachstand Absage Hebammenhaus Rhein-Sieg GbR zum Angebot der Räumlichkeiten an der Asklepios-Klinik für die Einrichtung eines Hebammenhauses</b>	
--------	--	---	--

12.2.6		<b>Mitteilungen der Stabsstelle IuS - Mitteilung über die Personalsituation in der Stabsstelle Integration und Sozialplanung (IuS) - Mitteilung über die Nachbesetzung von Projektstellen - Mitteilung zur neuen städtischen Ansprechperson für den Verein Gärten der Nationen e.V.</b>	
--------	--	---	--

--	--	--	--

Bezüglich der Mitteilung über die Personalsituation in der Stabsstelle luS erläuterte Herr Gleß für die Verwaltung die sehr angespannte Personalsituation. Er bat in diesem Zusammenhang um Verständnis bei den Ausschussmitgliedern, dass aufgrund dessen einige Dinge zurzeit nicht so zeitnah abgewickelt werden könnten, wie man es bisher gewohnt sei. Der Verwaltungsvorstand habe sich jedoch dieses Problems bereits angenommen und die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet.

Sankt Augustin, den 12.05.2023

Thomas Linka  
Protokollführer/in

Sascha Lienesch  
1. stellvertretender  
Ausschussvorsitzender

Gesehen:

Dr. Max Leitterstorf  
Bürgermeister